



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 12.11.2021 bis 19.11.2021

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Die Bevölkerung hungert	4
Afghanistan: Ohne ausländische Hilfe drohen Bürgerkrieg und humanitäre Katastrophe	5
Äthiopien: Ordensleute und Mitarbeiter gegen Kautio n freigelassen	6
Bangladesch: Wegen Jesus vor die Tür gesetzt	7
Belarus: Politische Gefangene von Gottesdiensten ausgeschlossen, Besuche von Priestern verwehrt, Nutzung von Fitnessräumen verweigert	8
Deutschland: Aktuelle Einladung zum weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen am 14. November	9
Deutschland: CDU-Politiker sprach beim Kongress „Christenverfolgung heute“	11
Deutschland: Christenheit in islamischen Ländern wächst	12
Deutschland: Gedenktafeln für Holocaust-Opfer abgerissen	13
Deutschland: Gegenüber muslimischen Führern für Rechte der Christen eintreten	14
Deutschland: Kongress Christenverfolgung heute	15
Deutschland: Konvertiten im Glauben „sprachfähig“ machen	16
Deutschland: Open Doors lädt zu Seminartagen ein	17
Deutschland: Warum verlässliche Zahlen zu verfolgten Christen wichtig sind	18
Ecuador: Nach erneuten Ausschreitungen in Gefängnissen	19
Eritrea: Warum Menschen aus Eritrea fliehen	20
Hamburg: Lichterkette für verfolgte Christen	21
Indonesien: Lehrer unter dem Verdacht des Terrorismus verhaftet	23
Irak: Chaos nach Parlamentswahl	24
Irak: Illegale Enteignung von Christen bestätigt	25
Iran: Christen unterdrückt, verfolgt und inhaftiert	26
Iran: Staat zwingt Christen in die Illegalität	28
Israel: Gesetzentwurf zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern	29
Myanmar: Militär beschießt zum zweiten Mal Kirche	30
Pakistan: 12-jähriges christliches Mädchen entführt	31
Pakistan: Zwangskonversionen	32
Sudan: Putsch bedroht hart erkämpfte Freiheiten	33
Türkei: Parlamente in England und Israel debattieren über Anerkennung des armenischen “Genozids”	34
Uganda: Zweifaches Attentat trifft Polizei und Parlament	35
Ukraine: Christen helfen den Menschen im Kriegsgebiet	36

Weltweit: Die Verfolgung von christlichen Frauen geschieht versteckt

37

Weltweit: Eine Milliarde Menschen weltweit von Unterernährung bedroht

38

Afghanistan: Die Bevölkerung hungert

Hilfswerk Shelter-Now- Direktor Stolte: Afghanistan braucht unsere Gebete

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – „Afghanistan braucht unsere Gebete.“ Diesen Appell richtete der deutsche Direktor des christlichen Hilfswerks Shelter Now, Udo Stolte, am 17. November an die Teilnehmer des Kongresses „Christenverfolgung heute“. Die Situation habe sich unter den Taliban noch einmal sehr verschlimmert. Mädchen dürften nicht mehr zur Schule gehen. Die Bevölkerung hungere, sagte Stolte. Shelter Now versorge aktuell bis zu 350.000 Menschen. Das sei mit Blick auf die große und unvorstellbare Not ein kleiner Beitrag. Stolte sagte, dass Gott auch heute Wunder tun könne, so wie es vor 20 Jahren geschehen sei. Hintergrund: 24 Mitarbeiter – darunter vier Deutsche – von „Shelter Now“ waren vor 20 Jahren in Afghanistan vom Taliban-Regime inhaftiert worden. 102 Tage verbrachten sie unter katastrophalen Bedingungen in Haft, bis sie im November 2001 von US-Truppen befreit wurden. Shelter Now engagiert sich seit 1988 in Afghanistan und seit 2014 in der Autonomen Region Kurdistan. Es finanziert seine Aktionen zu einem großen Teil aus privaten Spenden.

Afghanistan: Ohne ausländische Hilfe drohen Bürgerkrieg und humanitäre Katastrophe

Herat (Fides) - Die Wiedereröffnung der Schulen in Herat für Mädchen in der 7. bis 12. Klasse könne als Versuch der Taliban gewertet werden, ein "menschlicheres Gesicht" des Regimes zu zeigen, um Hilfe aus dem Westen zu erhalten. Dies Vermutung äußert Luca Lo Presti, Präsident der italienischen wohltätigen Stiftung „Pangea Onlus“, die sich seit 18 Jahren für die Entwicklung und Förderung von Frauen in Afghanistan einsetzt, gegenüber Fides: "Das Land steht vor dem Zusammenbruch", so Lo Presti, „und es droht eine noch nie dagewesene humanitäre Krise. Es wird erwartet, dass die Unterernährung bei Kindern bis zum nächsten Jahr auf 97% ansteigen könnte. Ohne ausländische Hilfe könnte die Situation in Bürgerkriege und humanitäre Katastrophen ausarten - ein katastrophales Szenario. Signale mit großer Resonanz in den Medien, wie die Nachricht, dass die Mädchenschule in Herat wiedereröffnet wird, könnte die Argumentation derer die erklären, dass es gemäßigte Taliban gibt, untermauern".

Lo Presti erinnert daran, dass die UN-Hilfswerke in Kürze mehrere Milliarden Dollar investieren werden, die auf dem G20-Sondergipfel zu Afghanistan bereitgestellt wurden. Diese Aussicht auf Hilfe ist für die Taliban verlockend: "Durch die Gewährung einiger Öffnungen könnte die öffentliche Meinung glauben, dass die Taliban auch einen gemäßigten Weg einschlagen könnten. Allerdings geben hartnäckige Gerüchte über willkürliche Tötungen Anlass zur Sorge".

Die „Pangea“-Stiftung ist seit 2003 in Afghanistan präsent und hat zahlreiche Projekte zur Emanzipation der Frauen ins Leben gerufen. Seit die Taliban die Macht im Land übernommen haben, sind Frauen, Aktivistinnen und Minderheiten besonders gefährdet. In den letzten Monaten hat „Pangea“ einen Aufruf und eine Spendenkampagne gestartet, um seine Projekte in Afghanistan trotz der Krisensituation fortsetzen zu können. "Die Situation in Afghanistan ist sehr ernst für diejenigen, die in den letzten Jahren an Projekten und Initiativen zugunsten der Zivilgesellschaft beteiligt waren; sie ist noch ernster für unsere Mitarbeiter, die seit 20 Jahren für die Emanzipation und Förderung der Frauen kämpfen. Da ihr Leben in Gefahr war, ist es uns gelungen, einige der Frauen zu verstecken oder ins Ausland zu bringen, aber jetzt sind es die zurückgebliebenen Familien, die für sie bezahlen: Wir haben Berichte über Repressalien und Entführungen in den Häusern von Verwandten erhalten", stellt Lo Presti fest.

"Alle Frauenunternehmen, die wir gegründet haben, haben den Familien Selbstwertgefühl und wirtschaftliches Wohlergehen gegeben, und diese Wirtschaft bringt Emanzipation und kulturelles und soziales Wachstum. All dies muss durch eine Reihe von Aktivitäten unterstützt werden, die nicht fehlen dürfen, wie z.B. Schulbildung und Weiterbildung in den Bereichen Arbeit und Menschenrechte, Gesundheitsfürsorge, Kliniken, Kindergärten, eine Schule für taubstumme Mädchen, aber auch Schulen und Sportvereine", schließt er.

(LF-PA) (Fides 17/11/2021)

Äthiopien: Ordensleute und Mitarbeiter gegen Kaution freigelassen

Addis Abeba (Fides) - Die äthiopische Polizei hält noch immer 14 Ordensleute und Mitarbeiter der Salesianer Don Boscos in Haft während die ersten sieben Salesianer sowie eine Mitarbeiter wurden am Samstag, den 13. November, gegen Kaution freigelassen wurden.

In den letzten Tagen wurde unter den vielen von Polizeibeamten festgenommenen Personen auch der 80-jährige italienische Salesianer-Mitarbeiter Cesare Bullo festgenommen und dann freigelassen, während Alberto Livoni, ein Mitarbeiter des Freiwilligenhilfstdienstes VIS acht Tage lang festgehalten und dann freigelassen wurde.

"Wir freuen uns, von der Freilassung einiger unserer Missionare zu erfahren", sagte der Bischof von Hosanna, Seyoum Fransua, Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Äthiopien im Gespräch mit Fides. "Diese Nachricht ist eine Freude für uns alle", sagt er und hofft auf eine baldige Freilassung derjenigen, die sich noch in Gewahrsam der Behörden befinden.

(PA-EG) (Fides 15/11/2021)

Bangladesch: Wegen Jesus vor die Tür gesetzt

Von den eigenen Geschwistern betrogen und verjagt, folgt Nurul dem Vorbild Jesu

(Open Doors, Kelkheim) – „Ich sehe das Interesse der Menschen, von Jesus zu erfahren, aber sie haben Angst, zu mir zu kommen und Jesus Christus zu folgen,“ berichtet Pastor Nurul. Seine persönliche Geschichte illustriert anschaulich, dass diese Angst gut begründet ist. Nachdem sie ihn um sein Erbe betrogen hatten, warfen ihn seine eigenen Geschwister mitsamt seiner Frau und seinen Kindern aus dem Haus – wegen seines Glaubens an Jesus.

Wachsende Wut in der Familie

In Nuruls Dorf ist es üblich, dass Großfamilien zusammenleben. Auch Nurul, seine sechs Brüder und eine Schwester wohnten zusammen mit ihren Familien auf dem gemeinsamen Anwesen. Bis auf Nuruls Familie und einen seiner Brüder waren alle Muslime; sie mochten den christlichen Glauben nicht, aber um der Familie willen duldeten sie den „fremden Glauben“. Jede Woche versammelte sich Nurul mit anderen Christen in seinem Haus, um Gottesdienst zu feiern. Er träumte davon, allen Menschen in der Umgebung die gute Nachricht von Jesus Christus zu bringen. Zusätzlich zu den Gottesdiensten bot er Alphabetisierungskurse für Erwachsene in seinem Haus an. Dadurch lernten seine Nachbarn Christus kennen und erfuhren von Nuruls Dienst. Seine Schüler nutzten das, was sie in den Kursen lernten, und verbreiteten das Evangelium in ihrem eigenen Umfeld. Immer wieder entschlossen sich Menschen, Jesus nachzufolgen und sich taufen zu lassen. Während Nurul ohne Scheu seinen Glauben bezeugte, wuchs der Unmut seiner muslimischen Geschwister von Tag zu Tag. Als sie miterlebten, wie durch seinen Einsatz immer mehr Menschen Christus annahmen, wurden sie noch wütender auf ihren Bruder. Sie begannen, Nurul und seine Familie zu verspotten und verletzten ihn tief mit ihren Worten. Sogar seine jungen Nichten und Neffen wandten sich gegen ihn und beteiligten sich an den ständigen Beschimpfungen. Gelegentlich kam es auch zu tätlichen Übergriffen durch seine Geschwister.

„Sie können mir meinen Herrn Jesus Christus nicht wegnehmen“

Trotz der zunehmenden Verfolgung wuchs der Dienst weiter. Eines Tages beschlossen Nuruls Geschwister gemeinsam, ihn und seine Familie loszuwerden. Sie erstellten ein gefälschtes Dokument, in dem die Besitzrechte an dem gemeinsamen Anwesen neu geregelt wurden. Darin wurde das Land und der Besitz, den Nurul als Erbe von seinem Vater erhalten hatte, an die Geschwister und ihre Familien übertragen. Auf dieser Grundlage verwiesen sie Nurul und seine Familie aus dem Haus und erklärten, dass Christen dort nicht mehr leben dürften. Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, brachten sie sogar die örtlichen Moscheeleiter und Vorstandsmitglieder der Moschee mit. Nurul und seiner Familie wurde eine Frist gesetzt, um das Dorf zu verlassen, andernfalls würden sie öffentlich all ihren Besitz zerstören und sie aus dem Dorf schleppen.

Nurul war zutiefst bestürzt, aber zur Sicherheit seiner Familie zog er aus und mietet nun woanders ein Haus. Sein Dienst geht jedoch weiter. Obwohl ihn das Erlebte tief erschüttert hat, ist er im Glauben stark: „Sie können mir mein Haus und meine Rechte wegnehmen, aber meinen Herrn Jesus Christus können sie mir nicht wegnehmen. Mein Herr ist bei mir. Er kümmert sich um mich“, sagte Nurul. „Was sie getan haben, ist unverzeihlich“, fuhr er fort. „Aber ich habe ihnen vergeben, was sie mir und meiner Familie angetan haben, weil ich ein Anhänger von Jesus Christus bin. Ich bete zu Gott, dass er ihre Herzen öffnet, damit sie Erlösung finden und zu Christus kommen.“

Bitte beten Sie für Nuruls Familie und die Christen in Bangladesch!

- Danken Sie Gott für Nuruls unerschütterlichen Glauben und für seinen fruchtbaren Dienst.
- Beten Sie, dass Jesus Nurul, seiner Frau und seinen Kindern Trost und immer wieder neuen Mut schenkt, so dass sie ihre Freude im Glauben nicht verlieren.
- Beten Sie für alle Christen in Bangladesch, die durch die eigene Familie ähnlich unter Druck gesetzt werden wie Nurul, dass auch sie Gottes Stärkung erleben.
- Danken sie für den Hunger der Menschen nach dem Evangelium; und bitten Sie, dass viele weitere trotz der drohenden Verfolgung zum Glauben finden.
- Beten Sie für Nuruls Geschwister und ihre Familien, dass Gott ihnen begegnet und ihre Herzen verändert, so dass sie ihn erkennen.

Belarus: Politische Gefangene von Gottesdiensten ausgeschlossen, Besuche von Priestern verwehrt, Nutzung von Fitnessräumen verweigert

AKREF-A/F18/13.11.21 - Die Behörden von Belarus behindern immer wieder den Zugang politischer Gefangener zu seelsorgerlicher Betreuung. Dem katholischen politischen Gefangenen Mikita Jemialyanau wurde erst am 3. November 2021 nach Beendigung eines dreiwöchigen Hungerstreiks, den er unter anderem angetreten hatte, weil ihm seit seiner Verlegung in das Gefängnis von Mogiljow im Jahr 2020 kein Besuch eines Seelsorgers zugestanden worden war, ein Besuch durch einen Priester gestattet. Zeitweise erfolgte die Verweigerung von Besuchen unter Hinweis auf die Coronapandemie. Ab Juni waren jedoch Besuche wieder zulässig. Wie sich nachher herausstellte, war ein Brief, in dem Jemialyanau den Priester um einen Besuch gebeten hatte, niemals bei diesem angekommen. Die Gefängnisbeamten gestatteten ihm auch nicht, sein Abonnement einer katholischen Monatszeitschrift für die zweite Hälfte des Jahres 2021 zu verlängern, nachdem sie ihm die Maiausgabe abgenommen hatten. Die Beamten begründeten diesen Schritt damit, dass man Gefangenen keine Schriften aushändigen dürfte, in denen „Kriegshetze betrieben, zu Hass aus Gründen der Rasse, Nationalität oder Religionszugehörigkeit, zu Gewalt oder Grausamkeit aufgerufen wird oder die pornographische Inhalte haben“. Mikita Jemialyanau besucht nach Aussagen seiner Mutter seit seinem 10. Lebensjahr regelmäßig die Messe und war später Ministrant.

Auch der orthodoxen Christin Jelena Movschuk wurde erst im Oktober der erste Besuch durch einen Priester seit ihrer Verhaftung im August 2020 zugestanden. An einer im August 2021 von einem orthodoxen Priester zelebrierten Messe im Gefängnis durfte sie nicht teilnehmen.

Ein im September freigelassener politischer Gefangener erklärte gegenüber Forum 18, dass den politischen Gefangenen der Besuch der wenigen im Gefängnis stattfindenden Gottesdienste und der Besuch der Fitnessräume und Einrichtungen zur Weiterbildung verwehrt wird.

Seitdem sich Stimmen gegen die gefälschten Ergebnisse der Präsidentenwahlen von 2020 erhoben haben, wurden hunderte Personen verhaftet. Viele von ihnen wurden wegen Widerstands oder angeblichem Widerstands gegen das Regime zu langen oder kurzen Haftstrafen verurteilt. Mit Datum 12. November 2021 zählte die Menschenrechtsorganisation Viasna (Frühling) 846 von ihr anerkannte politische Gefangene im Land.

Vom Staat dazu ermutigt unterwerfen Gefängnisbeamte die politischen Gefangenen einer besonders menschenrechtswidrigen Behandlung. Ein Menschenrechtsaktivist erklärte gegenüber Forum 18, dass er Staat das Ziel verfolge, den Willen und den Geist der Gefangenen zu brechen und sie dazu zu bringen, ihren Glauben zu verlieren.

Im Herbst wurde Andrei Trifan, ein Pastor des Rats der Baptistengemeinden vom Bezirksgericht Retschyza in der Region Gomel zu einer Geldstrafe in Höhe von etwa sechs Wochenlöhnen verurteilt, weil er am 27. August seinen Sohn im Beisein von etwa 25 Personen in einem See getauft hatte. Begründung: Abhaltung einer nicht genehmigten Massenveranstaltung oder Demonstration. Dies ist der erste bekanntgewordene Fall der Verhängung einer Geldstrafe gegen einen Baptisten vom Rat der Baptistengemeinden in Belarus seit Oktober 2018.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 12. November 2021).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA



Weltweiter Gebetstag für verfolgte Christen

Deutschland: Aktuelle Einladung zum weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen am 14. November

EAD: Beten wir gemeinsam mit unseren weltweit verfolgten Geschwistern

Liebe Freunde der Evangelischen Allianz,

Unterwegs hatten die Frauen sich noch gefragt : „Wer wird uns den schweren Verschlussstein vom Grabeingang wegwälzen?“ (nach [Markus 16:3](#)). Geht es uns nicht wie den Frauen am Ostermorgen, wenn wir an unsere verfolgten Geschwister denken? In vielen Ländern werden sie marginalisiert, diskriminiert, in Kerkerzellen gesperrt oder sogar mit dem Tode bedroht. Menschlich betrachtet ist ihre Situation hoffnungslos. Und wir fühlen uns hilflos. Zum Helfen reichen unsere Möglichkeiten ebenso wenig wie die Kraft der Frauen, um den Stein vor dem Grab weg zu wälzen. Und doch haben die Frauen sich aufgemacht. Trotz des Todes wurden sie aktiv. Sie haben das getan, was sie konnten. Es war Ausdruck ihrer Liebe, dass sie wohlriechende Öle kauften und sich frühmorgens zum Grab aufmachten, obwohl sie gar nicht wussten, ob sie ihr Vorhaben würden ausführen können. Ihr Handeln würde weder etwas am Tod Jesu ändern, noch würde es ihre zerstörte Hoffnung oder ihre geplatzten Lebensträume wiederbeleben. Und doch brachen sie auf. Es war ein sichtbares Zeichen ihrer Liebe und ihrer Identifikation mit Jesus Christus. Ich lade Sie ein, sich mit der gleichen Haltung der Liebe und Identifikation am „Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen“ zu beteiligen. Menschlich betrachtet haben wir noch nicht einmal die Möglichkeit, die schweren Steine der Diskriminierung zu beseitigen. Und was können wir schon der brutalen Macht des Todes entgegensetzen? Aber der Glaube kennt die umfassende Wirklichkeit des Lebens. Er bleibt nicht beim Vordergründigen stehen, sondern sieht hindurch auf die Ewigkeit. Fürbitte heilt Wunden.

Der Heilige Geist verdrängt - noch viel mehr als die wohlriechenden Öle - den Gestank des Todes. Und die Proklamation der Herrschaft Jesu öffnet verschlossene Türen des Todes. **Das Leben bricht sich Bahn** .

Es ist richtig, die Verfolgung wird schlimmer, die Nöte werden größer und der Druck steigt. Deshalb: **Beten wir gemeinsam mit unseren weltweit verfolgten Geschwistern** und bekennen die Auferstehungs-Kraft unseres wiederkommenden HERRN!

Ihr Reinhardt Schink
(Generalsekretär)

Gebet für verfolgte Christen: Am 14.11. von 20:21 - 21:00 Uhr (online)

Danke an alle Gemeinden und Einzelne - Männer und Frauen - die sich an dieser weltweiten Gebetsgemeinschaft beteiligen.

Auch ganz kurzfristig kann man sich zum **EAD-Gebet für die verfolgten Christen** einklinken: **Am Sonntag, 14.11.** in der Zeit von **20:21 - 21:00 Uhr** online.

[Anmeldung hier](#) | Kenncode: 1846

- Hier geht es zu aktuellen [AKREF-Gebetsanliegen](#).
- Hier geht es [zu den Seiten des Arbeitskreises für Religionsfreiheit - Menschenrechte - Verfolgte Christen](#)

Deutschland: CDU-Politiker sprach beim Kongress „Christenverfolgung heute“

Kauder: Gegenüber China Religionsfreiheit einfordern

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Der ehemalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hat dazu aufgerufen, gegenüber der Volksrepublik China für die Einhaltung des universalen Rechts auf Religionsfreiheit einzutreten. „Wir dürfen vor einem Land wie China nicht einknicken“, sagte er beim siebten ökumenischen Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd. Er wird veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Kauder unterstrich die Bedeutung der Religionsfreiheit: „Dort, wo es keine Religionsfreiheit gibt, gibt es überhaupt keine Freiheit.“ Er warnte davor, den Menschen auf seine materiellen Bedürfnisse zu reduzieren. „Wir haben zweimal in Deutschland erlebt, was passiert, wenn man die Religion bekämpft.“ Der Glaube müsse deshalb ein Thema des öffentlichen Lebens bleiben. Auch heute gebe es Regierungen, die danach strebten, den „ganzen Menschen“ für die eigene Ideologie zu gewinnen, und deshalb keine andere Weltanschauung oder Religion duldeten. Das gelte auch für die chinesische Führung. Menschenrechtler werfen ihr vor, die Religionsfreiheit zu verletzen. So würden Christen und Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften, die sich nicht der Kontrolle der Kommunistischen Partei unterwerfen, drangsalieren, verfolgt und willkürlich verhaftet.

Afrika: Explosion der Gewalt

Der leitende Analyst des christlichen Hilfswerks Open Doors für Religions- und Glaubensfreiheit in Afrika südlich der Sahara, Illia Djadi, wies auf die explodierende Gewalt in großen Teilen Afrikas hin. Das Machtvakuum nach dem Sturz des libyschen Führers Muammar Al-Ghaddafi (1942–2011) habe es islamischen Extremisten ermöglicht, große Teile der Länder südlich der Sahara zu besetzen. In Burkina Faso gebe es bereits mehr als 1,4 Millionen Binnenvertriebene. Über 2.500 Schulen seien geschlossen worden. Die Kinder, die nun ohne Schulbildung aufwachsen müssten, seien „natürlich leichte Beute für die Islamisten, die viel Geld haben und gut organisiert sind“. Die Rebellengruppen agierten mittlerweile grenzübergreifend. Die Gewalt erreiche deshalb inzwischen auch die christlich geprägten Länder an der afrikanischen Westküste. Die beste Antwort auf die Bedrohung durch die islamischen Extremisten seien „Erziehung und Schulbildung“. Christliche Schulen genossen auch in muslimischen Ländern einen guten Ruf. „Wer diese Schulen besucht, wird sich vielleicht zu Jesus bekehren, aber in jedem Fall keine antichristliche Einstellung entwickeln.“

Deutschland: Christenheit in islamischen Ländern wächst

Ex-Muslim Yassir Eric sprach auf dem Kongress „Christenverfolgung heute“

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Noch nie in der Geschichte sind so viele Muslime zum Glauben an Jesus Christus gekommen wie heute. Das sagte der Leiter des Europäischen Instituts für Migration, Integration und Islamfragen innerhalb der AWM (ehemals Akademie für Weltmission/Korntal), Yassir Eric, auf dem siebten ökumenischen Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd. Er wird veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eric berichtete vom Wachsen der weltweiten Kirche in islamischen Ländern und der „Communio Messianica“, einer Gemeinschaft von Christen mit muslimischem Hintergrund. Der Theologe stammt selbst aus einer muslimischen Familie im Sudan und war früher ein islamischer Extremist.

Eric: Viele neue Christen heißen heute Fatima oder Mohammed

Heute ist er Christ und setzt sich als Leiter der Communio Messianica dafür ein, dass Konvertiten in die weltweite Kirche Christi integriert werden. Viele neue Christen hießen heute Fatima, Mohammed, Ahmed oder Ali. Er habe jedoch festgestellt, so Eric, dass es für Konvertiten oft schwer sei, sich in orientalische Kirchen zu integrieren. Das liege nicht am mangelnden Willen der anderen Christen. Aber diese könnten die Bedürfnisse und die Prägung der „Muslim Background Believers“ (MBB/Gläubige mit muslimischem Hintergrund) nicht verstehen. Aus diesem Grund habe er, so Eric weiter, auf dem Kongress „Christenverfolgung heute“ im Jahr 2015 gemeinsam mit anderen Konvertiten beschlossen, eine Gemeinschaft für diese Gläubigen zu gründen. Heute gebe es bereits Gruppen in rund 80 Ländern. Das Ziel bestehe darin, die islamische „Ummah“, die weltweite Gemeinschaft der Gläubigen, zu ersetzen durch die „Ummah Jesu Christi“. Eric: „Der Islam wird nie das letzte Wort in unserem Leben haben, sondern Jesus Christus.“

Deutschland: Gedenktafeln für Holocaust-Opfer abgerissen

Die Schilder an der Gethsemanekirche in Berlin erinnern an Juden aus dem Viertel

Berlin (IDEA) – Unbekannte haben Gedenktafeln für Holocaust-Opfer an der evangelischen Gethsemanekirche in Berlin-Prenzlauer Berg abgerissen. Wie der Evangelische Kirchenkreis Berlin Stadtmitte mitteilte, ereignete sich die Tat am vergangenen Wochenende (12./13. November). Die 20 Schilder hätten „Engagierte“ aus der Kirchengemeinde anlässlich des Pogromgedenkens am 9. November am Kirchzaun befestigt. Auf den Schildern stünden die Namen von Juden aus der Nachbarschaft, die alle bis zu ihrer Vertreibung durch das NS-Regime in dem Viertel gelebt hätten. Zudem stehe auf jedem der Schilder der Zusatz „Wir waren Nachbarn und wir sind Nachbarn“. Gemeindepfarrerin Aljona Hofmann sagte: „Wir sind erschüttert über die Respektlosigkeit den Opfern gegenüber.“ Man werde die Schilder wieder am Kirchzaun befestigen. Bis zum Ewigkeitssonntag am 21. November sollen sie hängen bleiben. Die Berliner Gethsemanekirche gilt als Wiege der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Laut eigener Aussage erinnert die Kirchengemeinde jedes Jahr am 9. November „an Menschen jüdischer Herkunft, die 1938 und in den Folgejahren von Nazis gedemütigt, verschleppt und ermordet wurden – und an das damalige Versagen der christlichen Nachbarschaft“.

Deutschland: Gegenüber muslimischen Führern für Rechte der Christen eintreten

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Die Christen sollten auf internationaler Ebene auch mit muslimischen Führern verhandeln. So können die Interessen der Christen in islamischen Staaten am besten vertreten werden. Dafür plädierte der Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, Prof. Thomas Schirmacher (Bonn), auf dem siebten ökumenischen Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd. Er wird veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Schirmacher zufolge gibt es immer wieder Kritik an der Lobby-Arbeit der Allianz. Der Vorwurf laute häufig, man solle mehr beten und sich weniger in die Politik einmischen. Der Generalsekretär verteidigte die Mitwirkung der Allianz in internationalen Gremien. „Wenn wir da nicht sitzen, spricht niemand für unsere Leute. Da hat nur Zugang, wer ein politisches Gewicht hat.“ Man sei es den verfolgten Geschwistern schuldig, für sie einzutreten.

Algerien: Die Zahl der Christen wächst

Der Vorsitzende der Internationalen Informationsstelle für Religionsfreiheit in Deutschland, Pfarrer Paul Murdoch (Ofterdingen bei Reutlingen), berichtete, dass die Zahl der Christen in Algerien steigt: „Was für ein Segen, dass Gott diese Ernte in unserer Zeit gegeben hat.“ Man könne dort von bis zu 200.000 Nachfolgern Jesu ausgehen. Die Behörden beobachteten diese Entwicklung mit Sorge und versuchten, die Registrierung neuer Kirchen hinauszuzögern. Immerhin könnten Kirchen für ehemalige Muslime registriert und betrieben werden. Momentan seien immer noch 16 Kirchen geschlossen, weil deren Genehmigung verweigert werde. Außerdem sei in der neuen Verfassung der Passus zum Schutz der Gewissensfreiheit für alle Algerier gestrichen worden. Das wecke die Befürchtung, dass die Regierung diese Änderung zur weiteren Unterdrückung religiöser Minderheiten nutzen könnte. Dennoch wachse die Kirche weiter. Vor allem unter den Berbern, den Ureinwohnern Nordafrikas, wendeten sich Menschen zunehmend dem christlichen Glauben zu. Die Berber kehrten damit zu ihren Wurzeln als Volksgruppe zurück. Denn vor Beginn der islamischen Expansion im 7. Jahrhundert sei Nordafrika christlich gewesen. Die „Communio Messianica“, eine Gemeinschaft von Christen mit muslimischem Hintergrund, in deren Vorstand Murdoch mitwirkt, sei mit Blick auf das starke Wachstum der Gemeinde Jesu in Algerien voller Hoffnung. Die Mitglieder glaubten, dass es ähnliche Chancen für die Gemeinde Jesu in anderen islamischen Ländern gebe.

Pakistan: Christen leben in ständiger Bedrohung

Der Missionsinspektor der Evangelischen Karmelmission (Schorndorf bei Stuttgart), Stefano Fehr, rief zum Gebet für die Christen in Pakistan auf. Dort komme es immer wieder zu Überfällen durch Muslime, die von islamischen Gelehrten aufgestachelt würden. In Pakistan sei es für einen Muslim lebensgefährlich, zum Christentum überzutreten, auch wenn das Strafgesetzbuch keinen Artikel zum „Abfall von Religion“ enthalte. Muslime, die diesen Schritt gingen, könnten jedoch stets wegen „Blasphemie“ angeklagt werden. Außerdem fordere die Scharia, die für viele Pakistanis über weltlichen Gesetzen stehe, für männliche Konvertiten die Todesstrafe. Er wisse von mehreren Familien, so Fehr, die sich schon seit Jahren auf der Flucht befänden, weil sie zu Jesus gehörten. Auch die Zahl der Anklagen aufgrund des geltenden Blasphemiegesetzes steige seit Jahren an. 2020 sei mit 200 Fällen der bisherige Höchststand erreicht worden. Seit 1990 seien mindestens 77 Menschen aufgrund derartiger Anklagen getötet worden.

Mit christlichen Sendungen Muslime erreichen

Der Direktor des christlichen Medienhauses Al Hayat (arabisch für „das Leben“) Ministries, Abu Ali (Deckname), sprach über die Methoden, mit denen er und seine Mitarbeiter Muslimen das Evangelium vermittelten. Dies geschehe durch Radio- und Fernsehsendungen in arabischer Sprache. Darin würden die Täuschungen des Islams aufgedeckt, indem man Fehler im Koran oder in den Lebensbeschreibungen Mohammeds analysiere. Damit habe man sehr gute Erfahrungen gemacht. Der TV-Sender sei 2003 gegründet worden. Bereits im ersten Jahr hätten 80.000 Muslime Briefe geschickt, in denen viele ihre Bekehrung zu Jesus geschildert hätten. Andere erklärten demnach, dass sie Dinge über Mohammed erfahren hätten, von denen ihnen nie jemand erzählt habe. Seiner Erfahrung nach schließen sich die Konvertiten unterschiedlichsten Kirchen an, so Ali. Dabei hätten etwa in Ägypten viele von ihnen Sympathien für die orthodoxe Kirche. „Ehemalige Muslime sind strenge Regeln gewöhnt, und vielen sind die evangelikalen Gemeinden zu frei in ihrer Glaubenspraxis.“ Deshalb schätzten sie die Regeln und Rituale der orthodoxen Christen. Die Zahl der Konversionen vom Islam zum Christentum sei in den letzten fünf Jahren „astronomisch“ gestiegen.

Deutschland: Kongress Christenverfolgung heute

Schwäbisch Gmünd (IDEA) 17.11.2021– Der viertägige Kongress wurde veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Er endete am 17. November.

Shelter-Now-Direktor Stolte: Afghanistan braucht unsere Gebete - Die Bevölkerung hungert

„Afghanistan braucht unsere Gebete.“ Diesen Appell richtete der deutsche Direktor des christlichen Hilfswerks Shelter Now, Udo Stolte, am 17. November an die Teilnehmer des Kongresses „Christenverfolgung heute“. Die Situation habe sich unter den Taliban noch einmal sehr verschlimmert. Mädchen dürften nicht mehr zur Schule gehen. Die Bevölkerung hungere, sagte Stolte. Shelter Now versorge aktuell bis zu 350.000 Menschen. Das sei mit Blick auf die große und unvorstellbare Not ein kleiner Beitrag. Stolte sagte, dass Gott auch heute Wunder tun könne, so wie es vor 20 Jahren geschehen sei. Hintergrund: 24 Mitarbeiter – darunter vier Deutsche – von „Shelter Now“ waren vor 20 Jahren in Afghanistan vom Taliban-Regime inhaftiert worden. 102 Tage verbrachten sie unter katastrophalen Bedingungen in Haft, bis sie im November 2001 von US-Truppen befreit wurden. Shelter Now engagiert sich seit 1988 in Afghanistan und seit 2014 in der Autonomen Region Kurdistan. Es finanziert seine Aktionen zu einem großen Teil aus privaten Spenden.

Warum Menschen aus Eritrea fliehen

Der katholische Priester Mussie Zerai (Rom) sagte auf dem Kongress, dass Christen im nordostafrikanischen Eritrea unter großen Einschränkungen litten. Der Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche, Abune Antonios, etwa befinde sich seit 15 Jahren im Hausarrest, weil er öffentlich gefordert habe, dass die Regierung sich nicht in kirchliche Angelegenheiten einmische. Es gebe nur vier staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften: Das seien neben den Muslimen die orthodoxe, die römisch-katholische und die lutherische Kirche. Pfingstkirchen sowie baptistische und methodistische Kirchen seien hingegen vollständig verboten, sagte der in Eritrea geborene Zerai: „Aus Sicht des Regimes sind sie Agenten.“ In den vergangenen Jahren seien die Einschränkungen aber für alle Christen größer geworden. So hätten die Behörden vor wenigen Monaten über 100 kirchliche Schulen und Kindergärten beschlagnahmt. Zerai zufolge müssen alle Bürger zwischen 15 und knapp 60 Jahren Wehrdienst leisten. Es gebe keine Möglichkeit, den Wehrdienst zu verweigern. Das sei der Hauptgrund, warum Eritreer aus ihrem Land fliehen. Denn nur wer den Militärdienst leiste, dürfe darüber hinaus eine Arbeitsstelle annehmen, um etwas für den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen: „Das ist eine Legalisierung der Sklaverei.“

Deutschland: Konvertiten im Glauben „sprachfähig“ machen

Rechtsanwalt Andreas Hantschel: Bei BAMF-Anhörungen den Glauben bezeugen

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Christliche Konvertiten sollten bei ihren Anhörungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) berichten, wie sich ihr Leben durch die Beziehung zu Jesus Christus verändert hat. Diesen Rat gab der Rechtsanwalt Andreas Hantschel (Frankfurt am Main) beim siebten ökumenischen Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd. Veranstalter sind das Christliche Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Hantschel hat sich auf die juristische Begleitung von christlichen Konvertiten spezialisiert und ist Kirchenasylbeauftragter der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) beim BAMF. Er hat nach eigenen Angaben viele Asylverfahren von Konvertiten begleitet. Es sei dabei entscheidend, dass der Betroffene nicht nur berichte, welche Gemeinde er wie oft besuche. Vielmehr solle er bei der Anhörung seinen christlichen Glauben bezeugen und „einfach berichten, was Jesus in seinem Leben getan hat“. Das sei überzeugend, so Hantschel aufgrund seiner langjährigen Beschäftigung mit dem Thema. Die Aufgabe der Gemeinden bestehe darin, die Konvertiten „sprachfähig“ zu machen, damit sie ihren Glauben in den Anhörungen bezeugen könnten. Es genüge hierbei nicht zu bescheinigen, dass der Antragsteller „Gemeindemitglied ist und beim Kirchenkaffee hilft“.

Deutschland: Open Doors lädt zu Seminartagen ein

Open Doors Tagesseminare

Seminare für leitende Gemeindemitarbeiter & Studierende theologischer Ausbildungsstätten

In unserem Hoffnungszentrum für verfolgte Christen / Kelkheim (bei Frankfurt)

Im Seminar werden Sie ...

- tiefe Einblicke in die weltweite Christenverfolgung bekommen
- die geistliche Dimension von Verfolgung entdecken
- erfahren, was Sie von verfolgten Christen lernen können
- vom Mut und der Hingabe verfolgter Christen für Ihr eigenes Glaubensleben inspiriert
- herausfinden, wie Sie verfolgte Christen stärken können
- von aktuellen, unveröffentlichten Entwicklungen unseres Dienstes hören
- im Gebetshaus in Lobpreis und Fürbitte vor Gott stehen

Ein besonderes Highlight des Seminars ist die Reise durch unseren Untergrundbereich. Durch die besondere multimediale Gestaltung bekommen Sie ein Gespür dafür, was es bedeutet, als Christ in Verfolgung zu leben – und trotzdem Jesus zu bekennen.

Das Seminar ist kostenlos, wir erheben lediglich eine Verpflegungspauschale in Höhe von 25€. Weitere Termine, Anmeldung und interessante Teilnehmerstimmen auf unserer Website unter: www.opendoors.de/seminare

Deutschland: Warum verlässliche Zahlen zu verfolgten Christen wichtig sind

Prof. Christof Sauer: Dann kann man Hilfe für Betroffene effizienter einsetzen

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Laut dem Religions- und Missionswissenschaftler Prof. Christof Sauer (Gießen) ist es notwendig, verlässliche Angaben über die Zahl verfolgter Christen zu erheben. Wenn man wisse, wie viele Christen in den einzelnen Ländern bedroht seien, könnten die Hilfswerke ihre begrenzten Ressourcen effizienter zu deren Unterstützung einsetzen, sagte er auf dem siebten ökumenischen Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd. Er wird veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sauer zufolge kommt es nicht nur darauf an, in welchen Ländern Christen unter besonders starken Einschränkungen lebten, sondern auch darauf, wie viele im jeweiligen Land betroffen seien. „Sonst besteht die Gefahr, dass man sein Augenmerk vor allem auf Länder wie die Malediven richtet, wo es tatsächlich nur ganz wenige Christen gibt.“ In Ägypten könnten Christen dagegen zwar theoretisch ihren Glauben frei leben, aber faktisch unterlägen sie zahlreichen Diskriminierungen. Davon seien aber viel mehr Menschen betroffen als in Staaten mit nur wenigen Christen.

Armenien: Die älteste Kirche der Welt nicht vergessen

Der Gründer des geistlichen Zentrums „Father’s House for all Nations“ (Vaterhaus für alle Nationen), Fadi Krikor (Grafing bei München), warb um Verständnis für die Lage der armenischen Kirche. Der von den Türken 1915 begangene Massenmord belaste das armenische Volk bis heute, so Krikor, der selbst Sohn eines Armeniers ist. Zum Hintergrund: Im islamischen Osmanischen Reich waren während des Ersten Weltkriegs bis zu 1,5 Millionen Armenier ermordet worden. Besonders bitter sei für die armenischen Christen der Eindruck, dass die Kirchen in anderen Ländern keinen Anteil an ihrem Leid nähmen. „Viele armenische Christen denken, dass die weltweite Kirche sie vergessen hat.“ Dabei sei die armenische Kirche die älteste der Welt. Hier müsse ein Umdenken auch in Deutschland und Europa einsetzen. Die armenischen Christen müssten erfahren, dass man an sie denke und für sie bete. Erst dann könne die „armenische Seele“ heilen. Das sei die Voraussetzung dafür, dass die Armenier wiederum den Türken vergeben könnten.

Indien: Christen sind stark benachteiligt

Die Leiterin der Rechtsabteilung in Asien für ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit), Tehmina Arora, wies auf die regelmäßigen Übergriffe gegen die christliche Minderheit in Indien hin. In neun Bundesstaaten Indiens gebe es Gesetze, die den Glaubenswechsel erschwerten. Außerdem nutzten die Behörden häufig den Vorwurf von Zwangsbekehrungen, um die Ausbreitung des Christentums aufzuhalten. Arora berichtete unter anderem von Nonnen, die festgenommen worden seien, weil man in ihrer Begleitung junge Frauen ohne Ordenstracht angetroffen habe. Der Vorwurf habe gelautet, dass die Nonnen diese Frauen dazu hätten zwingen wollen, zum Christentum überzutreten. Religiöse Minderheiten würden in Indien auch wirtschaftlich benachteiligt. Nachdem Indien 1947 unabhängig geworden sei, habe man 1949 das 4.000 Jahre alte Kastensystem der Hindus durch die Verfassung abgeschafft. Die auf der untersten Stufe stehenden sogenannten „Unberührbaren“, die Dalits, seien allerdings nach wie vor diskriminiert worden. Deshalb habe die Regierung den Dalits soziale Privilegien wie Bildung und Arbeit sowie einen besonderen gesetzlichen Schutz gewährt. Christen und Muslime seien davon jedoch bis heute ausgeschlossen.

Ecuador: Nach erneuten Ausschreitungen in Gefängnissen

“Wir müssen alle Verantwortung übernehmen“

Guayaquil (Fides) - "Es ist wichtig, dass das soziale Bewusstsein eines Volkes sich mit der Lage des Landes befasst und sich nicht damit begnügt zu sagen, dass die Regierung für die Ordnung in den Gefängnissen verantwortlich ist, denn dies enthebt uns nicht der Tatsache, dass wir alle auch als Bürger unsere Verantwortung übernehmen", so Bischof Rafael Cob Garcia, Apostolischer Vikar von Puyo, nachde es am Wochenende im Gefängnis von Guayaquil erneut zu Ausschreitungen kam bei denen, wie er betont, "sich das Massaker zwischen Bandenmitgliedern wiederholt, diesmal mit 68 Toten und 25 Verletzten". Nach Ansicht des Bischofs ist jeder Bürger aufgerufen, sich zu fragen, was der Einzelne tun kann, damit es weniger Gefangene in den Gefängnissen gibt, weniger Gewalt auf den Straßen und in den Familien, weniger Drogen unter Jugendlichen und Erwachsenen, in den Schulen und auf den Straßen, mehr Prävention des Drogenkonsums und mehr Weitererziehung für Jugendliche und Kinder.

Das Drama der wiederholten Gewalt in den Gefängnissen wurde mehrfach von der Ortskirche verurteilt: Der Vorstand der Bischofskonferenz gab nach den tragischen Ereignissen im Gefängnis von Guayaquil, wo am 30. September 116 Insassen starben und weitere 80 verletzt wurden, eine Erklärung mit dem Titel "Schluss mit der Gewalt" ab.

„Unmenschliche und sadistische Gewalt“, beklagt der Bischof, "die den Geist von Verbrechern und Gefangenen beherrscht, Gewalt, die alle Grenzen überschreitet, die sich der Mensch vorstellen kann". Deshalb fragt er sich: „Und die Wurzel dieser Gewalt ist was? Die Götzenverehrung des Gelds, die so viele Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, ob reich oder arm, bewegt. Wir verstehen nicht, wie es zu diesen Extremen kommen kann und wie eine Regierung bis heute nicht in der Lage ist, diese Gewalt, die so viel Leid und Tod in unserem Land verursacht, einzudämmen und zu stoppen".

So lange der Mensch nicht das erste heilige Recht, das menschliche Leben eines ihm ähnlichen Wesens, nicht respektiert, "wenn der andere als Feind gesehen wird, der gehasst und eliminiert werden muss, weil er mein Territorium bedroht", wird die Spirale der Gewalt entfacht, wie ein Feuer, das unmöglich zu löschen scheint“. "Das Problem ist ernst für die Regierung und für das ganze Land", bekräftigte der Bischof und forderte die Anwendung staatlicher Maßnahmen "mit Dringlichkeit und Vorrang vor anderen wirtschaftlichen oder sozialen Problemen, denn Leben und Frieden sind das Wichtigste für das Leben eines Volkes".

"Niemand hat behauptet, dass es einfach ist, gegen das Böse zu kämpfen, vor allem nicht, wenn dieses Böse in den Panzer des Drogenhandels gehüllt ist", so der Bischof. "Möge Gott, der uns alle richten wird, wenn wir ihn in unserem Nächsten geliebt haben", schließt er, "uns die Weisheit und die Kraft geben, denen, die Gewalt erleiden, nicht gleichgültig gegenüberzustehen. Das heißt, sich sozial zu engagieren, um das Leben und das Gemeinwohl zu verteidigen".

(SL) (Fides 16/11/2021)

Eritrea: Warum Menschen aus Eritrea fliehen

aus dem Kongress Christenverfolgung heute

Schwäbisch Gmünd (IDEA) : Der katholische Priester Mussie Zerai (Rom) sagte auf dem Kongress, dass Christen im nordostafrikanischen Eritrea unter großen Einschränkungen litten. Der Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche, Abune Antonios, etwa befinde sich seit 15 Jahren im Hausarrest, weil er öffentlich gefordert habe, dass die Regierung sich nicht in kirchliche Angelegenheiten einmische. Es gebe nur vier staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften: Das seien neben den Muslimen die orthodoxe, die römisch-katholische und die lutherische Kirche. Pfingstkirchen sowie baptistische und methodistische Kirchen seien hingegen vollständig verboten, sagte der in Eritrea geborene Zerai: „Aus Sicht des Regimes sind sie Agenten.“ In den vergangenen Jahren seien die Einschränkungen aber für alle Christen größer geworden. So hätten die Behörden vor wenigen Monaten über 100 kirchliche Schulen und Kindergärten beschlagnahmt. Zerai zufolge müssen alle Bürger zwischen 15 und knapp 60 Jahren Wehrdienst leisten. Es gebe keine Möglichkeit, den Wehrdienst zu verweigern. Das sei der Hauptgrund, warum Eritreer aus ihrem Land fliehen. Denn nur wer den Militärdienst leiste, dürfe darüber hinaus eine Arbeitsstelle annehmen, um etwas für den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen: „Das ist eine Legalisierung der Sklaverei.“ Der viertägige Kongress wurde veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Er endete am 17. November.

Hamburg:Lichterkette für verfolgte Christen

Morgen, Samstag, d. 20.11.2021 - 16:00 Uhr Ida-Ehre-Platz | U3 Mönckebergstraße

AKREF/19.11.21 – Die Evangelische Allianz Hamburg und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Hamburg laden mit folgendem Schreiben zu einer Lichterkette ein:

Wir fordern vom Iran die Rücknahme der Verurteilung von Pastor Nadarkhani und 3 weiteren Gemeindeleitern zu 10 Jahren Haft plus 80 Peitschenhieben für die Teilnahme am Abendmahl mit Messwein und wir fordern von Pakistan die Aufhebung des Urteils, dass die minderjährige Christin Maira Shabaz ihrem muslimischen Entführer und Vergewaltiger unter Berufung auf die Scharia zugesprochen hat (Bilder unten). Hierfür berufen wir uns auf Artikel 2 und 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UNO, nach der niemand wegen seines Glaubens oder seiner religiös- ethnischen Gruppenzugehörigkeit benachteiligt oder verfolgt werden darf.

Mitmachen und Freunde mitbringen

Wir laden ein mitzumachen für die Freiheit von Maira Shabaz & Pastor Nadarkhani, gegen Christenfeindlichkeit und gegen die Bestrafung des christlichen Glaubens. Bringen Sie Freunde mit als ein Licht der Liebe zum nahenden Advent.

Was mache ich?

Zuhören und zusehen, Kerzen und Plakate halten, Unterschriften sammeln, Info-Flyer verteilen, Auswahl nach Belieben

Mitbringen

Windgeschützte Kerzen und Teelichter (Handschuhe?) sowie Transparente für die Freiheit von Maira Shabaz in Pakistan & Pastor Nadarkhani im Iran, Religionsfreiheit und Menschenrechte

Nicht mitbringen

Transparente mit islamkritischen Texten und Embleme jedweder Organisationen

Weitersagen

In der eigenen Gemeinde und an Freunde für deren Gemeinden. Geben Sie diese Einladung gerne weiter. Den größten Erfolg erzielen Sie, wenn Sie die Aktion persönlich im Gottesdienst vorstellen. Nur Mut.

Unterstützer

Diese Veranstaltung wird unterstützt von der Evangelischen Allianz Hamburg und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Hamburg.



Indonesien: Lehrer unter dem Verdacht des Terrorismus verhaftet

International Christian Concern/16.11.2021 - Am 3. November verhaftete die Anti-Terror-Polizei einen Mann, der Lehrer und Leiter einer staatlichen Grundschule in der Provinz Lampung, Sumatra, Indonesien ist. Der Grund für die Verhaftung war der Verdacht, dass der Lehrer in terroristische Aktivitäten verwickelt ist. Der Mann wurde verhaftet, nachdem zwei Personen festgenommen worden waren, die mit dem Lehrer für Lembaga Amil Zakat Abdurrahman Bin Auf (AZABA) gearbeitet hatten, eine Wohltätigkeitsorganisation mit Verbindungen zum Terrorismus, die dafür bekannt ist, das Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah (JI) zu finanzieren. Der verhaftete Lehrer war der Sekretär von AZABA, die beiden anderen Verhafteten waren Vorsitzender und Schatzmeister. Die von der Wohltätigkeitsorganisation AZABA gesammelten Gelder wurden zur Finanzierung der JI in Indonesien und zur Entsendung von Mitgliedern in Konfliktgebiete wie Syrien und Afghanistan verwendet.

Dieser Vorfall bedeutet nichts Neues in Indonesien - Lehrer mit Verbindungen zum Terrorismus sind kein neues Phänomen. Dies ist jedoch das erste Mal, dass ein staatlicher Lehrer wegen Terrorismus angeklagt wird. Dies ist ein entscheidender Aspekt in Bezug auf die Rekrutierung und Ausbildung staatlicher Lehrer sowie die staatliche Aufsicht über die von ihnen finanzierten und beaufsichtigten Schulen.

Nach einer Studie des Habibie Centers sind über 30 % der indonesischen Regierung vom Radikalismus beeinflusst, vor allem von der islamischen Variante. Dies veranlasste die Regierung und die Anti-Terror-Behörden, die für die Regierung tätigen Beamten genauer zu überprüfen. Laut einer Studie des Institute for the Study of Islam and Peace befürworten außerdem über 76 % der Lehrer in Indonesien die Einführung der islamischen Scharia im Land. Die Scharia ist dafür bekannt, dass sie Gläubigen anderer Religionen, insbesondere Christen, feindlich gegenübersteht. Diese jüngste Verhaftung macht jedoch deutlich, dass die Regierung versucht, etwas gegen die Unterstützung des islamischen Terrorismus in staatlichen Einrichtungen zu unternehmen. Das ist ein vielversprechendes Zeichen für die christliche Religionsfreiheit in Indonesien.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Irak: Chaos nach Parlamentswahl

Chaldäische Kirche fordert „ehrliehen und mutigen“ Dialog

Bagdad (Fides) - Wenn man das Chaos, in das der Irak nach den Parlamentswahlen im Oktober erneut gestürzt ist, nicht bald beende "wird das Land mit dem Schlimmsten rechnen müssen, und wir alle wissen, dass der Irak nicht noch mehr ertragen kann", heißt es in einer vom chaldäischen Patriarchat am Dienstag, den 16. November, veröffentlichten Botschaft, in der alle gesellschaftlichen Komponenten des Landes dazu aufgerufen werden, „böswilliges Verhalten zu unterlassen und zu vermeiden, dass eine von jahrzehntelangen Kriegen und Konflikten erschöpfte Nation dadurch in den Abgrund gerissen wird“.

Der Vorschlag ist ein "ehrlicher und mutiger nationaler Dialogs", der alle Akteure – Politiker, Intellektuelle und Religionsvertreter - einbezieht, die daran interessiert sind, die Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses und die Achtung der Wahlergebnisse zu gewährleisten. „Nur wenn wir diesen Weg gehen“, heißt es in der von der chaldäischen Kirche veröffentlichten Botschaft, "wird es möglich sein, eine akzeptable Lösung im Einklang mit der irakischen Verfassung und dem Gesetz zu erreichen, um die Bildung einer nationalen Regierung zu beschleunigen, die in der Lage ist, den Kurs zu korrigieren, die Korruption zu bekämpfen, die Souveränität und die Einheit des Landes zu schützen und die Sicherheit und Würde der Iraker zu wahren".

Die irakischen Parlamentswahlen vom vergangenen 10. Oktober brachten einen Zuwachs für die Partei des Schiitenführers Muqtada al Sadr, die 73 der 329 Sitze in der neuen parlamentarischen Versammlung errungen haben soll, und eine klare Niederlage für den Fatah-Block, der als den pro-iranischen schiitischen Milizen der „Hashd Shaabi“ nahestehen soll und nur 15 Sitze im Vergleich zu den 48 Sitzen errungen hat, die im vorherigen Parlament von dem Bündnis belegt wurden. Nur 41 % der Wahlberechtigten gingen zu den Urnen, die niedrigste Zahl bei den sechs Parlamentswahlen, die seit 2003, nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein, im Irak stattfanden.

(GV) (Fides 17/11/2021)

Irak: Illegale Enteignung von Christen bestätigt

Autonome Provinz Kurdistan: Innenminister bestätigt Fortschritte bei Untersuchungen

Dohuk (Fides) - In der autonomen Region Kurdistan werden Untersuchungen über die illegale Enteignung von Immobilien - Häusern und Grundstücken - durch christliche Eigentümer in den letzten Jahren unvermindert fortgeführt. Lokale Ausschüsse haben zu diesem Zweck Verfahren eingeleitet, um eine detaillierte Kartierung der illegal enteigneten Grundstücke vorzunehmen und Informationen über die Eigentumstitel der rechtmäßigen Eigentümer und die konkreten Umstände, unter denen die illegalen Enteignungen stattgefunden haben, zu sammeln.

Am gestrigen Mittwoch, den 17. November, gab Reber Ahmed, Innenminister in der Regierung der autonomen Region, im Rahmen einer Pressekonferenz die Ergebnisse seines Besuchs im Gouvernement Dohuk bekannt, wo er Ort Einsicht in das Datenerhebungsverfahren hatte, das von der Kommission eingeleitet wurden, die im April letzten Jahres auf Anregung der Regionalregierung ad hoc eingerichtet wurde, um dem Phänomen der illegalen Aneignung von Immobilien entgegenzuwirken, die hauptsächlich Angehörigen ethnischer Gemeinschaften und religiöser Minderheiten gehören, angefangen bei den Christen. Der Minister bestätigte gegenüber den Medien, dass er zahlreiche Informationen über den Erhalt von Beschwerden und Materialien erhalten habe, die in dieser Untersuchungsphase von den in dem Gebiet eingerichteten Ausschüssen gesammelt wurden. Er habe bei Treffen mit Vertretern der lokalen Verwaltungen - einschließlich derjenigen des Gouvernements Dohuk und der Stadt Zakho - die feste Absicht der Regionalregierung festgestellt, die Eigentumsrechte, die in den letzten Jahrzehnten zum Nachteil der christlichen Bürger und der Angehörigen anderer Minderheitengruppen verletzt wurden, auf legalem Wege vollständig wiederherzustellen. Das von den lokalen Ausschüssen gesammelte Material werde anschließend der zuständigen Regierungskommission vorgelegt, die dann die konkreten Verfahren für die Rückgabe von Land und Häusern, die vor und nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein unrechtmäßig enteignet wurden, an die rechtmäßigen Eigentümer festlegen wird.

Der Einsetzung einer Ad-hoc-Regierungskommission zur Überprüfung und Eindämmung der systematischen illegalen Enteignungen, unter denen christliche Eigentümer in der autonomen Region Kurdistan (und insbesondere im Gouvernement Dohuk) in den letzten Jahren zu leiden hatten, lag ein entsprechender Antrag der Regierung der Autonomen Region vom August 2020 zugrunde. Die Kommission hat die Aufgabe, Unterlagen zu sammeln und die Anträge und Begründungen der beteiligten Parteien anzuhören, um eine Karte der christlichen Besitztümer zu erstellen, die in den Jahren, in denen das gesamte nordirakische Gebiet von den dschihadistischen Milizen des IS belagert wurde missbräuchlich enteignet wurden. Bereits 2016 waren groß angelegte Enteignungen von Grundstücken und Immobilien syrischer, assyrischer und chaldäischer christlicher Familien in der Region Kurdistan angeprangert worden. Den eingereichten Beschwerden zufolge wurden die illegalen Enteignungen auch von kurdischen Mitbürgern durchgeführt, die einzeln oder in Abstimmung mit anderen Mitgliedern ihres jeweiligen Clans handelten. Schon damals berichtete der Leiter des „Nineveh Study Centre“, Michael Benjamin, dass es allein im Gouvernement Dohuk eine Liste von 56 Dörfern gab, in denen den christlichen Familien illegal Land entzogen worden war, dessen Fläche sich auf insgesamt rund 47.000 Hektar belief. Am 13. April 2016 organisierten mehrere hundert syrische, chaldäische und assyrische Christen aus der Region Nahla (Gouvernement Dohuk) eine Demonstration vor dem Parlament der autonomen Region Kurdistan (siehe Foto), um gegen die illegale Enteignung ihres Eigentums zu protestieren, die zuvor bereits mehrfach erfolglos bei den zuständigen Gerichten angezeigt worden war. In den letzten Jahren richteten sich die illegalen Enteignungen vor allem gegen Land und Häuser von Christen, die das Gebiet vor allem seit den 1980er Jahren verlassen haben, um regionalen Konflikten sowie sektiererischer und stammesbezogener Gewalt zu entkommen, die nach den militärischen Interventionen internationaler Bündnisse mit zunehmend größerer Vehemenz ausbrach.

(GV) (Fides 18/11/2021)

Iran: Christen unterdrückt, verfolgt und inhaftiert

Persische Gefangene schreiben Brief; Gruppen starten Petition für das Recht auf persischsprachige Gottesdienste. von Elizabeth Kendal

AKREF/RLPB/18.11.2021 - Im November 2020 führten Agenten des iranischen Geheimdienstes eine Razzia in den Häusern der persischen Konvertiten Amin Khaki, Milad Goodarzi und Alireza Nourmohammadi in Fardis, westlich von Teheran, durch und beschlagnahmten Telefone, Laptops und alles, was mit dem Christentum zu tun hatte. Im Mai 2021 waren die drei Konvertiten die ersten iranischen Christen, die auf der Grundlage des neu geänderten Artikels 500 des Strafgesetzbuchs angeklagt und verurteilt wurden. Sie wurden zu einer Geldstrafe und der Gewahrsam-Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie "Propaganda betrieben hatten, die in abweichender Weise im Widerspruch zur heiligen Religion des Islam unterweist". Im August wurde bei der Berufung die Geldstrafe aufgehoben und die Strafe auf drei Jahre reduziert. Artikel 18 berichtet (8. November): "Die drei Männer, die alle schon einmal wegen ihres christlichen Glaubens und ihrer Aktivitäten im Gefängnis saßen, haben bis Mittwoch, den 10. November, Zeit, sich den Gefängnisbehörden in Karaj zu stellen".

Im Juni 2020 gehörten die Brüder Sam und Sasan Khosravi und Habib Heydari zu den sieben iranischen Christen aus Bushehr an der iranischen Südküste, die wegen "Propaganda gegen die Islamische Republik durch Förderung des Christentums" verurteilt wurden. Während die Männer zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, erhielten die Frauen eine Geldstrafe und ein Arbeitsverbot. Sam, Sasan und Habib wurden zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt, nach der die Brüder Khosravi ebenfalls für zwei Jahre ins innere Exil gehen müssen. Im Januar 2021 bestätigte ein Berufungsgericht die Haftstrafen mit der Begründung, dass die Männer sich tatsächlich der "Organisation von Hauskirchen und der Förderung des Christentums schuldig gemacht hätten, was eindeutige Beispiele für staatsfeindliche Propaganda" seien [siehe [RLPB 584](#) (10. Februar 2021)]. Zu dieser Zeit kämpften Sam und seine Frau Maryam auch darum, das Sorgerecht für ihre behinderte Tochter Lydia (2) zu behalten, die sie als Säugling aus einem Waisenhaus adoptiert hatten. Da Lydia als Muslimin geboren wurde und Sam und Maryam Christen sind, hielt das Gericht sie für ungeeignet, sie zu erziehen [siehe [RLPB 571](#) (14. Oktober 2020)]. Ihr Kampf geht weiter. Sasan und Habib begannen ihre Haftzeit am 8. Februar, wurden aber im März freigelassen, zweifellos aufgrund des Stresses, den COVID-19 dem Gefängnisystem zufügte. [Am 11.](#) November kehrten Sasan und Habib ins Zentralgefängnis von Bushehr zurück, um ihre Strafe zu vollenden.

Unterdessen wurde [Zaman \(Saheb\) Fadaie](#) (40), der seit Juli 2018 inhaftiert ist, kürzlich darüber informiert, dass ihm zum zweiten Mal eine Bewährung verweigert wurde. Saheb - dessen 10-jährige Haftstrafe in der Berufung auf sechs Jahre herabgesetzt wurde - war überrascht, weil er nicht einmal einen Antrag auf Bewährung gestellt hatte. Saheb, der im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert ist, hat sich stets geweigert, eine vorzeitige Entlassung zu beantragen, weil er, wie in Artikel 18 erläutert, die Bedingungen für eine Entlassung nicht akzeptieren kann, insbesondere die Bedingung, dass er sich nicht weiter an einer Hauskirche beteiligen darf. Die Bedingungen für diejenigen, die nach dem geänderten Artikel 500 angeklagt sind, sind sogar noch strenger, einschließlich des Verbots des Kontakts mit "Sektenmitgliedern" im "realen oder virtuellen Bereich" (d. h. persönlich oder online, um "Gedankenkontrolle" und "psychologische Indoktrination" zu verhindern). Saheb Fadaie ist einer von drei persischen Christen, die derzeit lange Haftstrafen wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Hauskirche verbüßen und die in einem gemeinsamen Brief und in Videostatements die Behörden gefragt haben, wo sie nach ihrer Entlassung Gottesdienst feiern sollen. Denn während armenische und assyrische Christen sich zu christlichen Gottesdiensten treffen dürfen, ist es ihnen nicht gestattet, in der persischen/Farsi-Sprache zu beten oder persische Konvertiten in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Folglich haben persische Konvertiten keine andere Wahl, als sich in geheimen Hauskirchen zu treffen, die das Regime als "Sekten" und "feindliche Gruppen" verboten hat.

Zur Unterstützung der Gefangenen [haben mehrere christliche Interessengruppen gemeinsam einen offenen Brief](#) an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, verfasst. In dem Schreiben vom 9. November 2021 wird die Hochkommissarin aufgefordert, das iranische Regime um Antworten auf die Frage zu bitten, "wo persischsprachige Christen sich versammeln können, um frei zu beten, ohne Schikanen und Inhaftierung aufgrund überzogener Anschuldigungen zu riskieren". Wie der Brief erklärt: "Allein im Jahr 2020 gab es mindestens 115 bekannte Fälle, in denen die Behörden Christen wegen der friedlichen Ausübung ihres Glaubens ins Visier nahmen, wobei insgesamt 237 Personen ins Visier genommen und insgesamt 147 Jahre (1.760 Monate) Haftstrafen verhängt wurden. Im Jahr 2021 wurden bisher mindestens 53 Christen verhaftet, und viele weitere warten auf ihre bevorstehenden Gerichtsverhandlungen. Gegenwärtig verbüßen mindestens 17 Christen, die wegen der friedlichen Ausübung ihres Glaubens verfolgt werden, Haftstrafen zwischen zwei und zehn Jahren. Zwei weitere befinden sich im staatlich verordneten internen Exil, nachdem sie bereits Jahre im Gefängnis verbracht haben. [Zu dieser Zahl](#) gehören zweifellos Morteza Mashhoudkari, Ayoub PourRezazade und Ahmad Sarparast, drei persische Konvertiten, die in der Nacht zum Sonntag, dem 5. September, gegen 22.00 Uhr in Rasht verhaftet wurden - zwei aus einer Gebetsgruppe und einer aus seinem Haus. Ihr Aufenthaltsort ist nach wie vor unbekannt.

Sie können den vollständigen Text des Schreibens lesen und die Petition hier unterzeichnen:

<https://articleeighteen.com/news/9587/>

Iran: Staat zwingt Christen in die Illegalität

Eklatanter Mangel an Versammlungsorten / Fünf iranische Christen treten Haftstrafen an

(Open Doors, Kelkheim) – In dieser Woche müssen fünf iranische Konvertiten ins Gefängnis, drei von ihnen treten eine mehrjährige Haftstrafe an. Open Doors hat sich aus diesem Anlass gemeinsam mit anderen Organisationen an das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte gewandt und darum gebeten, in Iran eine Untersuchung zur Situation der Religionsfreiheit von Christen durchzuführen. Dabei wird besonders das Problem der fehlenden Versammlungsmöglichkeiten thematisiert.

Landesweit nur vier persischsprachige Kirchen geöffnet

Das [Schreiben](#) ist neben Open Doors von neun weiteren christlichen Organisationen unterzeichnet und richtet sich an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet. Darin wird sie im Namen der persischsprachigen Christen dazu aufgefordert, „zugunsten der Christen in Iran zu intervenieren, deren Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit sowie auf freie Meinungsäußerung umfassend verletzt wird, da sie derzeit keinen Ort haben, an dem sie sich zum Gottesdienst versammeln können“.

Derzeit gibt es in Iran nur noch vier persischsprachige Kirchen, in denen Gottesdienste stattfinden. Sie werden streng überwacht und dürfen weder Besucher noch neue Mitglieder aufnehmen. Gleiches gilt für Kirchen ethnischer Minderheiten, die überdies Gottesdienste nur in ihrer eigenen Sprache durchführen dürfen. Dadurch sind alle anderen persischsprachigen Christen gezwungen, sich in ihren Häusern zu treffen. Die iranische Regierung wertet dies jedoch als feindlichen Akt „gegen die nationale Sicherheit“ und geht dementsprechend gegen die Christen vor. In der Folge sind diese mit Schikanen, Razzien, Verhaftungen, Geld- und Gefängnisstrafen konfrontiert.

Die Verweigerung von Anbetungsorten stellt einen Verstoß gegen Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte dar, in dem das Recht auf Religionsfreiheit beschrieben ist; Iran gehört zu den Unterzeichnern.

Änderungen des Strafgesetzbuches entfalten Wirkung

Die drei iranischen Konvertiten Amin Khaki, Milad Goodarzi und Alireza Nourmohammadi aus Fardis in der Nähe der Hauptstadt Teheran wurden aufgefordert, sich am 10. November im Gefängnis einzufinden, um ihre dreijährigen Haftstrafen anzutreten. Sie sind wegen ihrer christlichen Aktivitäten angeklagt, „Propaganda zu betreiben, die auf eine abweichende Art und Weise gegen die heilige Religion des Islam erzieht“. Die Anklage stützt sich auf Änderungen des Strafgesetzbuchs, die der iranische Präsident im Februar in Kraft gesetzt hat. Rechtsaktivisten hatten davor gewarnt, dass die [Änderungen](#) der Artikel 500 und 499 des Strafgesetzbuchs religiöse Minderheiten, darunter auch Christen, noch stärker gefährden würden.

Zwei weitere christliche Konvertiten, Sasan Khosravi und Habib Heydari, wurden aufgefordert, am 11. November ins Gefängnis in Bushehr zurückzukehren, um den Rest ihrer einjährigen Haftstrafe wegen „Propaganda gegen den Staat durch Förderung des Christentums“ gemäß Artikel 500 zu verbüßen.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2021 steht [Iran](#) an 8. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: Middle East Concern, Open Doors

Hinweis von Open Doors: Im September hat Open Doors den Bericht „Missachtung der Menschenwürde von Flüchtlingen in Deutschland“ vorgelegt, der die asylrechtliche Situation von 5.207 christlichen Konvertiten in Deutschland untersucht. Die meisten von ihnen sind Iraner.

Israel: Gesetzentwurf zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern

IIRF-D/BF/Tübingen/18.11.21 - Ein Gesetzentwurf zur offiziellen Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern wurde am 9. November von sechs Oppositionsabgeordneten in der israelischen Knesset (dem Parlament Israels) eingebracht.

Im Falle seiner Verabschiedung würde der Gesetzentwurf auch einen jährlichen Gedenktag am 24. April einführen, der in mehreren Ländern bereits als Gedenktag für den Völkermord an den Armeniern begangen wird.

Der Gesetzentwurf muss jedoch noch vom Präsidium der Knesset - bestehend aus dem Knessetsprecher und seinen Stellvertretern - gebilligt werden, um in die erste Lesung gehen zu können.

Frühere Versuche, Gesetzesentwürfe zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern durch die Knesset zu bringen, scheiterten an der mangelnden Unterstützung der Regierung.

Im Mai 2021 forderten Vertreter der australisch-jüdischen Gemeinschaft sowohl Israel als auch Australien auf, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen. Jeremy Leibler, Präsident der Zionist Federation of Australia, sagte: "Es ist unsere moralische Pflicht als Juden und als Unterstützer Israels, in solchen Angelegenheiten die Wahrheit zu sagen."

Der Gesetzentwurf wurde am selben Tag eingebracht, an dem ein ähnlicher Gesetzentwurf die erste Lesung im britischen Unterhaus durchlief.

Zwischen 1893 und 1923 wurden im Osmanischen Reich etwa 1,5 Millionen Armenier im Rahmen einer Politik der Ausrottung der christlichen Minderheiten getötet. Darüber hinaus wurden zwischen 1914 und 1923 etwa 2,25 Millionen assyrische, griechische und syrische Christen auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches ermordet, so dass sich die Gesamtzahl der ermordeten Christen auf 3,75 Millionen belief.

Quelle: Barnabas Fund 12. November 2021

Myanmar: Militär beschießt zum zweiten Mal Kirche

IIRF-D/BF/Tübingen/18.11.21 - Das myanmarische Militär (Tatmadaw) hat am 9. November zum zweiten Mal ein Kirchengebäude in der Gemeinde Pekhon im südlichen Shan-Staat angegriffen.

Berichten zufolge gab es keine Verletzten; jedoch wurden Fenster und Kirchenbänke durch Artilleriebeschuss beschädigt.

Bei einem früheren Angriff auf die Kirche im Juni 2021 mussten mehrere Binnenvertriebene in den Wald fliehen, wobei ein neugeborenes Baby starb, weil es dem Feuer ausgesetzt war.

Der Beschuss ist Teil einer Reihe von Angriffen der Tatmadaw auf Kirchen und andere christliche Stätten im Shan-Staat, der laut der letzten Volkszählung zu 10 % aus Christen besteht.

Die gleichen gegen Christen gerichteten Angriffe finden auch in anderen Teilen des mehrheitlich buddhistischen Myanmar statt, darunter in den mehrheitlich christlichen Bundesstaaten Chin, Kachin und Karen (Kayin) sowie im Bundesstaat Kayah, in dem es ebenfalls eine große christliche Präsenz gibt, hauptsächlich unter der ethnischen Bevölkerung der Karenni.

Im Oktober 2021 beschoss die Tatmadaw die Stadt Thantlang im Bundesstaat Chin und verursachte Brände, durch die mehr als 160 Häuser und drei Kirchengebäude zerstört oder beschädigt wurden.

Am 10. November forderte der UN-Sicherheitsrat in einer von Großbritannien verfassten Erklärung ein Ende der Angriffe auf Zivilisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrates brachten ihre tiefe Besorgnis über die jüngste Gewalt in Myanmar zum Ausdruck. Sie forderten eine sofortige Beendigung der Gewalt und die Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung.

Quelle: Barnabas Fund 12. November 2021

Pakistan: 12-jähriges christliches Mädchen entführt

IIRF-D/BF/Tübingen/18.11.21 - Meerab Abbas wurde am 2. November in der punjabischen Stadt Sahiwal entführt und vermutlich von einem 22-jährigen Muslim, Muhammad Daud, an einen unbekanntes Ort in Belutschistan gebracht.

Die Polizei hat fünf Personen angezeigt und zwei von ihnen festgenommen, weil sie verdächtigt werden, an der Entführung beteiligt gewesen zu sein; Meerab und ihr Entführer sind jedoch noch nicht aufgespürt worden.

Meerabs Mutter Farzana, eine 45-jährige Witwe, glaubt, dass Daud Meera mit der Absicht entführt hat, sie zu zwingen, ihn zu heiraten und zum Islam überzutreten.

Nicht-muslimische Mädchen und junge Frauen werden in Pakistan häufig entführt und zum Übertritt gezwungen, bevor sie einen Muslim heiraten müssen. Die Behörden schreiten nicht immer ein.

"Meerab ist erst 12 Jahre alt und kann nicht heiraten", sagte Zahid Augustine, ein Pfarrer der Kirche in Sahiwal. Das gesetzliche Heiratsalter liegt in Pakistan bei 16 Jahren (außer in Sindh, wo es 18 Jahre beträgt). "Wir fordern die Regierung auf, diese Entführungen und Zwangsverheiratungen als ein ernstes Problem zu betrachten", fügte Zahid hinzu.

Im September 2021 berichteten zwei Schwestern, 18 und 14, beide Christen, die ihren muslimischen Entführern entkommen waren, dass sie mit dem Tod bedroht wurden, wenn sie nicht beide verheiratet und zwangsbekehrt würden.

In einem anderen Fall entschied das Oberste Gericht von Lahore im selben Monat, dass die Zwangsverheiratung und -konvertierung eines 14-jährigen christlichen Mädchens nach der Scharia (islamisches Recht) völlig legal sei.

Quelle: Barnabas Fund 17. November 2021

Pakistan: Zwangskonversionen

“Ein schwerwiegendes Problem für religiöse Minderheiten“

Lahore (Fides) - "Das Problem der Zwangskonversionen ist heute eine große Sorge der religiösen Minderheiten in Pakistan, insbesondere für Christen und Hindus, aber es scheint am politischen Willen zu fehlen, wenn es darum geht dieses schwerwiegende Problem zu lösen. Dies könnte auf politische Instabilität und den Druck extremistischer religiöser Gruppen zurückzuführen sein; all dies führt aber zu ernsthaften Schwierigkeiten für religiöse Minderheiten", so Nasir Saeed, Direktor der Nichtregierungsorganisation „Centre for Legal Aid, Assistance and Settlement“ (CLAAS) gegenüber Fides. Die Ablehnung eines Gesetzesvorschlags, mit dem das Phänomen der Entführung und Konvertierung minderjähriger christlicher und hinduistischer Mädchen zum Islam eingedämmt werden sollte, hat die Debatte im Land erneut angefacht (vgl. AKREF [vom 9/11/2021](#)).

"Es gibt keine schnelle Lösung für die Probleme der Minderheiten", so Nasir Saeed weiter, „weil die Regierung ihnen nicht die nötige Aufmerksamkeit schenkt, egal ob es um Diskriminierung in Schulen und Universitäten, Arbeit, Heirat und Scheidung, Missbrauch des Blasphemiegesetzes oder Zwangskonvertierungen geht".

Unterdessen haben auch der Rat für Islamische Ideologie und das Ministerium für religiöse Angelegenheiten die eine negative Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf abgegeben. "Das bedeutet, dass das Thema lange Zeit nicht vor das Parlament gebracht werden kann, und leider werden christliche und hinduistische Minderjährige weiterhin leiden und zur Zielscheibe werden, und es wird keine Gerechtigkeit geben", so der Direktor von CLAAS.

Auch die von pakistanischen Gerichten unter Einfluss der islamischen Gesetze der Scharia ausgesprochenen Urteile „ermutigen die Täter, nicht-muslimische minderjährige Mädchen zu entführen“. Nach Ansicht des CLAAS-Direktors "ist es ein gefährlicher Trend, wenn Richter des Obersten Gerichtshofs von der Scharia beeinflusste Urteile fällen, anstatt das geltende Recht des Landes, wie das Gesetz zur Beschränkung der Kinderheirat (1929), das die Heirat von Mädchen unter 16 Jahren unter Strafe stellt, aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise ignorieren die pakistanischen Gerichte weiterhin selbst internationale Standards".

"Andere Fraktionen in der pakistanischen Gesellschaft haben die gleiche Überzeugung und Mentalität, und die Mehrheit der Muslime ist gegen die Festlegung eines Mindestalters für den Übertritt zum Islam, weil sie glauben, dass ein Gesetz gegen Zwangskonvertierung gegen den Koran und die Sunna verstößt und zu sozialen Unruhen führen könnte", beklagt er. Saeed schließt mit den Worten: "In einer so schwierigen Situation müssen wir für Gerechtigkeit und Veränderung kämpfen, wir müssen unabhängig arbeiten und alle Plattformen und Bündnisse auf nationaler und internationaler Ebene nutzen. Es ist sehr wichtig, dass wir Pakistan weiterhin an seine internationalen Menschenrechtsverpflichtungen erinnern, insbesondere gegenüber Kindern, Frauen und Minderheiten".

(PA) (Fides 12/11/2021)

Sudan: Putsch bedroht hart erkämpfte Freiheiten

Open Doors Schweiz/12.11.2021 - Seit dem Militärputsch im vergangenen Monat herrscht im Sudan Unruhe. Das öffentliche Leben steht still und die Christen haben grosse Mühe, sich zu versammeln. Mehrere bekannte Islamisten wurden von der neuen Führung freigelassen, was um die Reformen für mehr Religionsfreiheit fürchten lässt.

Am vergangenen 25. Oktober kam es im Sudan zum Staatsstreich. Eine Machtübernahme durch das Militär, der die Islamisten zustimmen. Was wird aus der kleinen christlichen Minderheit des Landes werden? Ein Leiter von Open Doors in Ostafrika ist besorgt: «Die Nachrichten sind sehr beunruhigend. Wir rufen die Christen weltweit auf, mit uns für den Sudan zu beten.» Tatsächlich ist der Staatsstreich von General Abdel Fattah AL-Burhane in Sachen Religionsfreiheit ein Rückschritt, der für die Kirche schwerwiegende Folgen haben könnte. Einige christliche Leiter befürchten eine Rückkehr zur Scharia.

Der Sudan war daran, ein säkularer Staat zu werden

Dabei hatte der Sudan in den letzten Monaten positive Änderungen vorgenommen, die auf einen säkularen Staat mit Religionsfreiheit hoffen liessen. Im Juli 2020 hatte die Übergangsregierung sogar eine Reihe von Änderungen angenommen, so etwa die Abschaffung der Todesstrafe für Apostasie. Theoretisch war es somit jedem Muslim möglich, seine Religion zu wechseln. Diese Reformen wurden jedoch nicht einstimmig gutgeheissen: «Der Koran ist unsere Verfassung. Nein zu Änderungen, die der Scharia widersprechen!», hörte man sogleich feindliche Demonstranten skandieren. Die Auflösung der Regierung, die diese Änderungen eingeführt hatte, wirken sich auch auf die Kirchen aus: «Alles ist gestrichen worden. Sogar religiöse Versammlungen wurden abgesagt, weil es keine Transportmöglichkeiten gibt», erklärt einer unserer Kontakte.

«Wir beten um Gottes Eingreifen»

Die Zukunft des Sudan scheint düster. Zwar hat die Militärregierung für Juli 2023 Wahlen angesagt, doch hat sie nach unseren Informationen bereits mindestens 17 Menschen getötet und über 100 verwundet. Diese Woche fanden in Khartum und in Atbara im Norden weitere Demonstrationen gegen die Machtübernahme durch das Militär statt.

Im ganzen Land sind weiterhin Schüsse zu hören. Für die Anwohner ist es nicht immer klar, ob damit Demonstranten zerstreut werden sollen, oder ob die Schüsse auf einen bestimmten Teil der Bevölkerung abzielen.

Warten auf friedliche Lösungen

Ein Zeuge vor Ort bestätigte unseren Partnern, dass «das tägliche Leben der meisten Christen durch die Ereignisse stark beeinträchtigt wurde. Da das normale Leben nur langsam wieder zurückkehrt, sind die Christen in einer verzweifelten Lage. Viele von ihnen verdienen den Unterhalt für ihre Familie als Tagelöhner.»

Unsere einheimische Quelle bittet im Namen der Christen in seinem Land: «Bitte betet für den Sudan. Wir hoffen auf eine friedliche Einigung. Wir können nur warten und beten, dass Gott eingreift. Gotte segne euch und all jene, die in ihren Gebeten weiter an uns denken.»

Quelle: Open Doors Schweiz

https://www.opendoors.ch/news/sudan-putsch-bedroht-hart-erkampfte-freiheiten?_cldee=am9tdTEyM0BvdXRsb29rLmRl&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-25a402aa495548a2996845b70dbc4d6f&esid=8c873dcb-5141-ec11-8c62-000d3ab877b6

Türkei: Parlamente in England und Israel debattieren über Anerkennung des armenischen "Genozids"

London (Fides) - Die Abgeordneten des britischen Unterhauses haben am vergangenen Dienstag, den 9. November in erster Lesung einstimmig ihre Unterstützung für den von Tim Loughton vorgelegten Gesetzentwurf zur Anerkennung des „Völkermords“ an den Armeniern zum Ausdruck gebracht. Alle 646 Mitglieder des Unterhauses stimmten für den Gesetzentwurf, über den in der Sitzung am 22. März 2022 in zweiter Lesung abgestimmt werden soll und der dann auch dem Oberhaus zur Genehmigung vorgelegt wird.

Auch in Israel legten einige Vertreter der Oppositionsparteien am Dienstag, den 9. November, dem israelischen Parlament einen Gesetzentwurf vor, in dem vorgeschlagen wird, dass die Knesset die systematischen Massaker an den Armeniern in Anatolien 1914/1916 offiziell als "Völkermord" anerkennt und dass der 24. April eines jeden Jahres in Israel zum Gedenktag für die Opfer dieser Massaker wird. Der Gesetzentwurf wurde in einer parteiübergreifenden Initiative von Abgeordneten der Shas- und der Likud-Partei vorgelegt.

Es ist nicht das erste Mal, dass dem israelischen Parlament Gesetzesentwürfe vorgelegt werden, die darauf abzielen, die offizielle Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern durch den jüdischen Staat gesetzlich zu verankern. Im Juni 2018 hatte das israelische Parlament jedoch in letzter Minute die Abstimmung abgesagt, die bereits auf der Tagesordnung stand. Es war Tamar Zandberg, Vorsitzende der Meretz-Partei, die den Vorschlag zurückzog, nachdem die Regierungskoalition und das Außenministerium darum gebeten hatten, den Ausdruck "Völkermord" aus dem zur Diskussion stehenden Text zu streichen und ihn durch die Worte "Tragödie" oder "Schrecken" zu ersetzen. Im Februar desselben Jahres lehnte das israelische Parlament einen von Yair Lapid, einem Vertreter der Jesch Atid-Partei, vorgelegten Gesetzentwurf ab, der ebenfalls eine offizielle Anerkennung des "armenischen Völkermords" durch Israel vorgesehen hätte. (GV) (Fides 12/11/2021)

Uganda: Zweifaches Attentat trifft Polizei und Parlament

“Die Menschen sind erschüttert, doch Glaube und Gebet geben uns Kraft“

Kampala (Fides) - "In Kampala ist die Lage sehr angespannt, die Bewohner wurden aufgefordert, das Stadtzentrum zu meiden und nach Möglichkeit zu Hause zu bleiben. Die Sicherheitskräfte versuchen, die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen, aber es wird befürchtet, dass die Ausschreitungen zunehmen und ein Blutbad ausgelöst werden könnte. Derzeit (am Abend des 16. November, Anm. d. Red.) gibt es 33 Verletzte und 3 Tote (darunter zwei Attentäter, die sich auf zwei Motorrädern in die Luft gesprengt haben, Anm. d. Red.); einige der Verletzten, nach letzten Schätzungen fünf, befinden sich in einem kritischen Zustand", so die Präsidentin der Konferenz der Ordensleute in Uganda, Schwester Lilly Driciru, aus der Hauptstadt Ugandas. Das Land ist von einer Welle der Gewalt erschüttert worden, die mit einem zweifachen Attentat die symbolischen Orte der politischen Institutionen und der Sicherheit getroffen hat.

"Die Explosionen ereigneten sich am Morgen des 16. November in der Nähe der Polizeizentrale und des Parlaments", Schwester Lilly fährt fort, „Die Menschen setzen ihre Hoffnung auf die Sicherheitskräfte und deren Fähigkeit, die Situation bald möglichst unter Kontrolle zu bringen. Vor zwei Wochen hat die Polizei 47 Bomben abgefangen und entschärft und damit unermesslichen Schaden verhindert, aber gleichzeitig fragen sich die Bürger, was vor sich geht und wie ein so schwerer zweifacher Anschlag direkt vor den Augen der Polizei und vor dem Parlament geschehen konnte. Die Angst breitet sich schnell aus. Außerdem hatte Uganda gerade eine Phase der Abriegelung während der Covid-19-Pandemie hinter sich gebracht, die zu einer schweren wirtschaftlichen Depression und zu vielen Härten für die Bevölkerung geführt hatte. In dieser Phase sind die Ugander also besonders verletzlich, verzweifelt über den Verlust von Arbeitsplätzen und die weit verbreitete Armut, und ein solches Ereignis erhöht den Grad der Beunruhigung. Zum Glück sind wir ein christliches Land und die Menschen haben noch Hoffnung und Glauben, was uns die Kraft gibt, weiterzumachen“.

Der zweifache Anschlag ereignete sich kaum einen Monat nach zwei weiteren Anschlägen: Am 23. Oktober wurden bei einer ersten Explosion in einem Bus am Stadtrand von Kampala zahlreiche Fahrgäste verletzt, während bei einer weiteren Explosion in einem Club in der Hauptstadt eine Frau getötet wurde. In diesem Fall hatten sich "Allied Democratic Forces" (ADF) zu den Terroranschläge bekannt. Dabei handelt es sich um eine ugandischen Terrorgruppe mit Verbindungen zum IS (Islamischer Staat), die auch beschuldigt wird, Tausende von Menschen in den östlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo getötet zu haben. Auch was die gestrige Gewalttat betrifft, führt die wichtigste Spur zu den Terroristen der "Allied Democratic Forces" sich auch in eine erste Erklärung bereits zu den Taten bekannt haben.

"Der Grund für eine solche Tat bleibt völlig unklar, und die Ermittlungen werden versuchen, Licht auf die Verantwortlichen und die Ausführenden zu werfen. Die Tatsache, dass sie sich im Stadtzentrum ereignete, wo sich viele Menschen aufhielten und die Bevölkerung um die Rückkehr zum normalen Leben kämpfte, ist jedoch für alle sehr erschütternd. Heute geben uns nur noch Glaube und Gebet Sicherheit", so die Ordensfrau abschließend.

(LA) (Fides 17/11/2021)

Ukraine: Christen helfen den Menschen im Kriegsgebiet

aus dem Kongress Christenverfolgung heute

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Der ukrainische Pastor Pawel N. (Deckname) berichtete von der dramatischen Lage in der Ostukraine, wo sich prorussische Separatisten bereits seit 2014 im Krieg mit ukrainischen Streitkräften befinden. Die Milizen hätten in den von ihnen ausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk die Kontrolle über das öffentliche Leben übernommen. Auch Christen würden immer wieder bedroht und gerieten zwischen die Fronten, so der Pastor. Viele evangelische Gemeindehäuser und Kirchen seien von den Separatisten beschlagnahmt und geschlossen worden, sodass nur noch etwa 200 Gemeinden oder Gruppen in der Volksrepublik Donezk bestünden. Auch die „Donezker Christliche Universität“ sei von den Milizen in eine militärische Basis umgewandelt worden. Die Christen ließen sich davon jedoch nicht beirren und hülften den Menschen, indem sie Lebensmittel liefern und evangelistische Schriften verteilen. Der Pastor betonte: „Wir ergreifen in dem Konflikt keine Partei. Wir beten für beide Seiten.“ Die Christen würden ihre Heimat nicht verlassen, denn die Menschen dort brauchten den Trost des Evangeliums.

Weltweit: Die Verfolgung von christlichen Frauen geschieht versteckt

Expertin: Frauen haben andere „Druckpunkte“ als Männer

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Die Verfolgung von christlichen Frauen geschieht oft versteckter als die von Männern. Das sagte die Spezialistin für geschlechtsspezifische Verfolgung bei Open Doors International, Helene Fisher (Deckname), beim siebten ökumenischen Kongress „Christenverfolgung heute“ in Schwäbisch Gmünd. Sie hat für Open Doors analysiert, wie sich die geschlechtsspezifischen „Druckpunkte“, die Christen aufgrund ihres Glaubens erleben, bei Männern und Frauen unterscheiden. So erlebten Männer vor allem körperliche Gewalt, wirtschaftliche Schikanen und würden häufig inhaftiert. Frauen seien von sexueller und körperlicher Gewalt sowie Zwangsheirat betroffen. Der Status und die Rollen von Männern und Frauen in der Gesellschaft bestimmten die Form, wie Druck ausgeübt werden könne, so Fisher. Es gebe somit nur wenige Frauen, die wegen ihres Glaubens im Gefängnis säßen. Ihr Gefängnis sei zumeist „Stigma und Scham“.

Vergewaltigte Frauen gelten als Ehebrecherinnen

Frauen würden unabhängig von ihrer Religion in Kriegen vergewaltigt, beispielsweise 2013 im Bürgerkrieg in Zentralafrika. In den christlichen Gemeinden hätten die Betroffenen dort als Eheverbrecherinnen gegolten und seien oftmals verstoßen worden. Den Frauen werde somit ihr Platz in der Kirche und in der Familie verwehrt, so Fisher: „Die Reaktion des Umfelds kann genauso so viel Schaden zufügen wie die Verfolgung selbst.“ Open Doors habe Seminare entwickelt, um den örtlichen Gemeinden zu helfen, aktiv zu werden. Das Werk fasse die Ergebnisse seiner Forschung in Berichten über genderspezifische Verfolgung zusammen. Der viertägige Kongress wird veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick (Schwäbisch Gmünd) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 evangelischen, katholischen und freikirchlichen Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Er endet am 17. November.

Weltweit: Eine Milliarde Menschen weltweit von Unterernährung bedroht

IIRF-D/BF/Tübingen/18.11.21 - Hungersnöte sind zwar ein Problem, das alle Menschen betrifft, aber Christen, die bereits verfolgt werden und verarmt sind, sind oft am stärksten betroffen.

Hungersnöte und Ernährungsunsicherheit erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Gewalt und Konflikten. Dazu gehört auch gegen Christen gerichtete Gewalt, die Gläubige in Asien, Afrika und im Nahen Osten erleben.

Schätzungsweise eine Milliarde Menschen sind weltweit von Unterernährung bedroht, da sich die globale Nahrungsmittelkrise verschärft, wobei 45 Millionen bereits am Rande einer Hungersnot stehen.

Von dieser Milliarde Menschen sind 239 Millionen Afrikaner. Länder wie Madagaskar, Mosambik und Simbabwe gehören zu den am stärksten betroffenen Ländern.

Jüngste Studien zeigen, dass weltweit 22 % der Kinder unter fünf Jahren aufgrund mangelnder Ernährung gesundheitlich beeinträchtigt sind und dass viele von ihnen - schätzungsweise 14 Millionen Säuglinge und Kleinkinder - unter akuter und schwerer Unterernährung leiden.

Nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung - mehr als zweieinhalb Milliarden Menschen - ist nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Millionen von Menschen gehen jeden Tag hungrig ins Bett.

In Madagaskar folgte die Hungersnot auf Jahre der Dürre und andere Umweltkatastrophen. Viele Menschen sind gezwungen, sich von Baumrinde oder Kakteenblättern zu ernähren, und viele sind bereits gestorben.

Quelle: Barnabas Fund 16. November 2021

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]